



---

## **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform**

28. Sitzung (öffentlich)

20. Juni 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:20 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenograf: Rainer Klemann

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:** Seite

**Zur Tagesordnung** 1

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, als Tagesordnungspunkt 2 die Ereignisse vor dem Landtag am 18. Juni 2002 im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde zu behandeln.

**1 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften (s. Anlage 1)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/2201

Vorlage 13/1414

Zuschriften 13/1524, 13/1804 und 13/1805

1

Als Sachverständige hört der Ausschuss an:

Dr. Alexander Schink vom Landkreistag Nordrhein-Westfalen  
Rudolf Kersting, Landrat des Kreises Kleve.

Im Anschluss an eine Diskussion werden folgende Beschlüsse  
gefasst:

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD  
und Bündnis 90/Die Grünen vom 11. März 2002 (s. Anlage 1) bei  
zwei Enthaltungen einstimmig an.

Der Ausschuss nimmt die in Zuschrift 13/1524 vom Landkreistag  
Nordrhein-Westfalen vorgeschlagene Änderung, den zweiten  
Halbsatz des § 2 Abs. 1 Nr. 3 in Art. 1 Ziffer 3 des Gesetzentwurfes  
ersatzlos zu streichen, einstimmig an.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/2201 einschließlich dieser beiden Änderungen mit den  
Stimmen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei  
Enthaltungen und Gegenstimmen der CDU an.

Der Ausschuss wählt den Abgeordneten Jürgen Jentsch (SPD) zum  
Berichterstatter.

## 2 Aktuelle Viertelstunde (s. Anlagen 2 und 3)

**hier: Ereignisse vor dem Landtag von Nordrhein-Westfalen am 18. Juni  
2002**

8

- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums
- Bericht des Direktors beim Landtag Nordrhein-Westfalen
- Bericht des Innenministers

Ausführliche Diskussion mit den Schwerpunkten "Lageeinschätzung  
durch die Polizeiführung" und "Zukünftige Sicherung des Landtags"

**3 Verhalten von Beamten der Polizeiwache Eigelstein in Köln am 11. Mai 2002**In Verbindung damit:**Ergebnisse und Konsequenzen aus der Studie über die Situation der Polizei Köln** 24

- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums
- Ausführliche Diskussion um die Möglichkeiten, derartige Vorfälle in Zukunft zu verhindern.

**4 Mobbing-Vorwürfe gegen Polizeibeamte einer Wache in Hagen** 38

- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums
- Ausführliche Diskussion

**5 Aktivitäten des Vereins Al-Aqsa** 44

- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums

**6 Gesetz zur Stärkung des Verfassungsschutzes und seiner Kontrollorgane**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/2625

In Verbindung damit:**Gesetz zur Stärkung parlamentarischer Kontrolle des Verfassungsschutzes, der Justiz und der Polizei**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/1715  
Vorlagen 13/326 und 13/947

Der Ausschuss verständigt sich darauf, diesen Punkt nach Abschluss des Expertengesprächs erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

**7 Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz - LHundG NRW)**

Gesetzentwurf

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/2387

Vorlage 13/1350

Zuschriften 13/1419, 13/1435, 13/1484, 13/1485, 13/1493, 13/1494,

13/1495, 13/1496, 13/1497, 13/1498, 13/1500, 13/1505, 13/1506, 13/1507,

13/1508, 13/1512, 13/1513, 13/1514, 13/1517, 13/1523, 13/1525, 13/1533,

13/1537, 13/1538, 13/1540, 13/1541, 13/1542, 13/1543, 13/1593, 13/1626,

13/1647, 13/1708 und 13/1709

In Verbindung damit:**Ein Jahr Landeshundeverordnung in NRW: Nach wie vor  
schwerwiegende handwerkliche und fachliche Mängel**

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 13/1278

Und:**Landeshundegesetz: Menschen- und Tierschutz in rechtsstaatlicher  
Partnerschaft**

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 13/1308

Zuschriften 13/741, 13/778, 13/779, 13/841, 13/842, 13/1152, 13/1164,

13/1207 und 13/1223

Der Ausschuss beschließt, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

**8 Katastrophale Kriminalitätsstatistik ist Quittung einer jahrzehntelangen verfehlten Innenpolitik - 10-Punkte-Programm für mehr Sicherheit in NRW**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/2375  
Vorlage 13/1412

47

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/2375 mit den Stimmen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU ab.

**9 Vorlage eines periodischen Sicherheitsberichts NRW**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/2287

- Bericht eines Vertreters des Innenministers

47

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/2287 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU ab.

**10 Änderung im Hochschulrecht des Bundes transparent und forschungsfreundlich auf Landesebene umsetzen**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/2507

48

- Bericht des Innenministers

Der Ausschuss begrüßt den Beschluss des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung, zu diesem Punkt eine Expertenanhörung durchzuführen, und bittet um nachrichtliche Einladung.

**11 Ein klares Nein zum Entwurf der Waffengesetznovelle**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/2438

49

Vorsitzender Klaus Stallmann stellt fest, dass eine Abstimmung nicht erforderlich sei, da die FDP-Fraktion ihren Antrag zurückgezogen habe.

**12 Auswirkungen der Haushaltssperre auf den Einzelplan 03**

In Verbindung damit:

**Erwirtschaftung der globalen Minderausgaben im Haushaltsjahr 2002**

49

- Bericht einer Mitarbeiterin des Innenministeriums
- Diskussion

**13 Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder am 5. und 6. Juni 2002 in Bremerhaven**

52

*(keine Diskussion)*

**14 Verschiedenes****a) Verschiebung einer Sitzung des Ausschusses**

53

Der Ausschuss beschließt, die ursprünglich für den 31. Oktober 2002 angesetzte Ausschusssitzung auf den 4. November 2002, 13.30 Uhr, zu verlegen.

**b) Informationsreise USA**

53

Mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen fasst der Ausschuss den einstimmigen Beschluss, eine Kommission des Ausschusses solle diese Reise durchführen.

\*\*\*\*\*





Unterlagen der israelischen Sicherheitsbehörden vor, die die Verwendung der von Al-Aqsa gesammelten Gelder für die Hamas beweisen. Es gibt eine ganze Menge von Vermutungen, aber eben keine Beweise. Im Übrigen werden die Erkenntnisse von Verfassungsschutz und Polizei in Nordrhein-Westfalen selbstverständlich dem BMI auf den vorgesehenen Übermittlungswegen zur Verfügung gestellt; sie fließen in die dortigen Verbotsüberlegungen ein.

Sie wissen vielleicht, dass nach dem 11. September 2001 eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet worden ist, die die Erkenntnisse über islamistisch-extremistische Vereinigungen fortlaufend im Hinblick auf etwaige Verbotsmaßnahmen prüft. Neben vielen anderen Organisationen steht auch der Verein Al-Aqsa auf dem Prüfstand. Da die meisten bundesweit tätigen islamistisch-extremistischen Organisationen den Sitz in unserem Land haben, ist die Zusammenarbeit zwischen dem BMI in Berlin und unserem Innenministerium besonders eng. Erst letzte Woche hat auf dieser Ebene ein Staatssekretärsgespräch stattgefunden, in dem die weitere Vorgehensweise erörtert wurde. Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich in dieser öffentlichen Sitzung keine Einzelheiten nennen kann.

## 6 Gesetz zur Stärkung des Verfassungsschutzes und seiner Kontrollorgane

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/2625

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Stärkung parlamentarischer Kontrolle des Verfassungsschutzes, der Justiz und der Polizei**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/1715  
Vorlagen 13/326 und 13/947

*(vom Landtag am 7. Juni 2002 an den Hauptausschuss - federführend - sowie an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform und weitere Ausschüsse überwiesen)*

**Karl Peter Brendel (FDP)** plädiert dafür, zunächst das Ergebnis des vom Hauptausschuss kürzlich beschlossenen Expertengesprächs abzuwarten.

Nach Auskunft von **MDgt Dr. Möller (IM)** will der Hauptausschuss das Expertengespräch im September oder Oktober 2002 durchführen. Selbst wenn der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform und die anderen mitberatenden Ausschüsse zügig beraten, liefe dies auf eine Verabschiedung im Parlament erst gegen Ende des Jahres 2002 hinaus.

Der **Ausschuss** verständigt sich darauf, diesen Punkt nach Abschluss des Expertengesprächs erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

**7 Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz - LHundG NRW)**

Gesetzentwurf

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/2387

Vorlage 13/1350

Zuschriften 13/1419, 13/1435, 13/1484, 13/1485, 13/1493, 13/1494, 13/1495, 13/1496, 13/1497, 13/1498, 13/1500, 13/1505, 13/1506, 13/1507, 13/1508, 13/1512, 13/1513, 13/1514, 13/1517, 13/1523, 13/1525, 13/1533, 13/1537, 13/1538, 13/1540, 13/1541, 13/1542, 13/1543, 13/1593, 13/1626, 13/1647, 13/1708 und 13/1709

In Verbindung damit:

**Ein Jahr Landeshundeverordnung in NRW: Nach wie vor schwerwiegende handwerkliche und fachliche Mängel**

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 13/1278

Und:

**Landeshundegesetz: Menschen- und Tierschutz in rechtsstaatlicher Partnerschaft**

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 13/1308

Zuschriften 13/741, 13/778, 13/779, 13/841, 13/842, 13/1152, 13/1164, 13/1207 und 13/1223

Der **Ausschuss** beschließt, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Jürgen Jentsch MdL  
Innenpolitischer Sprecher  
der SPD-Landtagsfraktion

Monika Düker MdL  
Innenpolitische Sprecherin  
der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

11. März 2002

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses  
für Innere Verwaltung und  
Verwaltungsstrukturreform  
Herrn Klaus Stallmann MdL

im Hause

Sehr geehrter Herr Stallmann,

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Änderung des  
Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften“  
(Drucksache 13/2201 vom 13.02.2002) werden folgende Änderungsanträge gestellt:

1. In Artikel I Nr. 4 wird an den neuen § 7 Abs. 1 Satz 1 folgender Satz 2 angefügt:  
„Daneben sind sie örtlich zuständig, wenn in ihrem Polizeibezirk Maßnahmen zum  
Schutz polizeilicher Interessen erforderlich sind, die außerhalb des  
Geltungsbereichs dieses Gesetzes verletzt oder gefährdet werden, sofern die  
zuständigen Stellen diese selbst nicht hinreichend schützen können.“

**Begründung:**

Bei polizeilichen Maßnahmen z.B. nach den Ereignissen des 11. September 2001, hat sich gezeigt, dass Tatvorbereitungen in Nordrhein-Westfalen getroffen werden, die sich in anderen Ländern oder im Ausland auswirken. Sicherheitsbehörden anderer Länder oder Staaten haben jedoch in Nordrhein-Westfalen keine Befugnisse zur Gefahrenabwehr. Deshalb ist die vorgesehene Ergänzung des § 7 Abs. 1 Satz 1 um einen klarstellenden Satz 2 erforderlich.

Anlage 2 zu APr 13/559

2. In Artikel I Nr. 8 erhält Satz 1 folgende Fassung:  
„§ 9 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:“

**Begründung:**

Satz 2 des bisherigen § 9 Abs. 1 soll mit seinem bisherigen Wortlaut erhalten bleiben.

3. In Artikel I wird nach Nr. 25 folgende Nr. 25 a eingefügt:

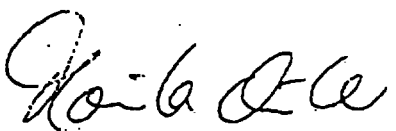
In § 18 Abs. 1 Satz 6 wird in beiden Fällen das Wort  
„Jugendwohlfahrtsausschusses“ durch das Wort „Jugendhilfeausschusses“ ersetzt.

**Begründung:**

Die zutreffende Bezeichnung des in Rede stehenden Ausschusses lautet gemäß § 70  
Abs. 1 SGB VII „Jugendhilfeausschuss“.

Mit freundlichen Grüßen

  
Jürgen Jentsch

  
Monika Düker

Jürgen Jentsch  
Innenpolitischer Sprecher

Anlage 2 zu APr 13/616

SPD-Fraktion NRW



Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf  
Telefon: 02 11 884 -2381 • Fax: 02 11 884 -2043  
E-mail: spd-fraktion@landtag.nrw.de  
Internet: http://www.spd-fraktion.landtag.nrw.de

SPD-Fraktion Nordrhein-Westfalen • 40221 Düsseldorf

18. Juni 2002

Vorsitzender des  
Ausschusses für Innere Verwaltung  
und Verwaltungsstrukturreform  
Herrn  
Klaus Stallmann MdL

im Hause

Sehr geehrter Herr Stallmann,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die nächste Ausschuss-Sitzung  
am Donnerstag, dem 20. Juni 2002 folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

**Vorgänge am 18. Juni 2002 vor dem Landtag NRW anlässlich einer Demonstration.**

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Jürgen Jentsch  
Im Auftrag

*H.-G. Linauer*  
Hans-Günther Linauer

*Sofort!*

1. Fax an Direktor + Präsident <sup>2. MdL. F.</sup>
2. Fax an IM (2. Minute)
3. D an alle Mitgl. im H08  
+ Stenogr. Dienst + GB III
4. Wv.

18.06.02

## Anlage 3 zu APr 13/616

FDP - Landtagsfraktion

Judith Pirscher

Referentin für Rechts- und

Innenpolitik, Hauptausschuss

Judith Pirscher FDP - Landtagsfraktion Postfach 13 11 43 40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 - 2280

Telefax (0211) 884 - 3627

eMail judith.pirscher@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 18. März 2002

Herrn  
**Klaus-Dieter Stallmann MdL**  
 Vorsitzender des Ausschusses für Innere  
 Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

per Fax

## Tagesordnung nächste Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrter Herr Stallmann,

ich bitte im Namen von Herrn Engel folgenden Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung des Innenausschusses zu setzen :

## Aktuelle Viertelstunde:

## Polizeieinsatz am 18. Juni 2002 vor dem Düsseldorfer Landtag

Mit freundlichen Grüßen

  
 Judith Pirscher

1. Fax an 114 (R. Meinde)
2. D an alle Mitgl. in N 08  
+ stenogr. Bericht und G B III
3. Wv.

18.06.02

